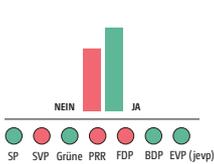


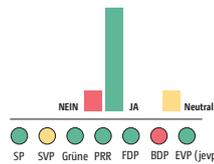
So ticken die Nidauer Parteien

Nidau Der Wahl-o-Mat des Vereins Keine Partei soll den Nidauern die Wahl erleichtern. Alle Parteien haben darin angegeben, welche Aussagen sie unterstützen oder ablehnen. Das BT stellt eine Auswahl vor.

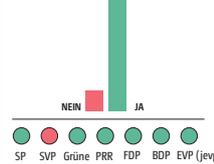
1. Bei einer Verschlechterung der Finanzlage soll die Stadt Nidau die Steuern erhöhen.



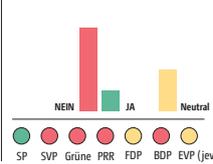
2. Die Stadt Nidau soll in die Aufwertung der öffentlichen Plätze investieren.



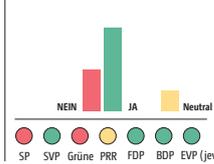
3. Die kulturelle Vielfalt in der Stadt Nidau ist eine Bereicherung.



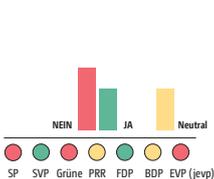
4. Die Ortsdurchfahrt (Hauptstrasse) soll wie vom Kanton geplant umgesetzt werden.



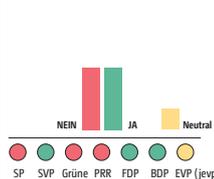
5. Der öffentliche Raum soll zur Erhöhung der Sicherheit videoüberwacht werden.



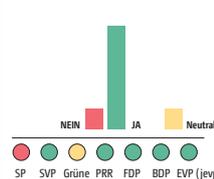
6. Der Ausländeranteil in der Stadt Nidau ist zu hoch.



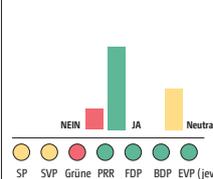
7. Die Stadt Nidau macht genug für die familienergänzende Kinderbetreuung.



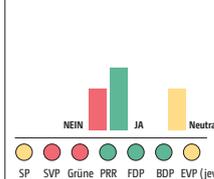
8. Die Stadt Nidau soll Sozialhilfebezügler konsequenter kontrollieren.



9. Der Westast und der Port-Tunnel der A5 sollen wie vom Bund geplant gebaut werden.



10. Das Projekt Agglolac soll wie vorgesehen gebaut werden.



Grafik: bt/ml Quelle: Wahl-o-Mat/Keine Partei

Carmen Stalder

Bis zu den Wahlen in Nidau sind es noch eineinhalb Wochen. Wer noch unsicher ist, welcher Partei er seine Stimme geben will, der kann ein Blick auf die Internetanwendung mit dem Namen Wahl-o-Mat werfen.



Am 24. September finden in Nidau Gemeindefinden statt.

Im Rahmen der Nidauer Wahlen zeigt der Wahl-O-Mat, wie sich die Parteien und einzelnen Politiker zu 31 lokalen Aussagen positionieren und bietet die Möglichkeit, diese mit der persönlichen Meinung zu vergleichen. Dabei versteht sich der Wahl-O-Mat

er als Informationsplattform und nicht als Wahlempfehlung. Die Anwendung stammt aus der Feder des Bieler Vereins Keine Partei. Dieser hat sich zum Ziel gesetzt, die politische Partizipation der Bevölkerung und insbesondere der Jugendlichen in Biel und Umgebung zu verbessern, Politiker näher ans Volk zu bringen und eine transparente politische Diskussion zu ermöglichen.

Am Nidauer Wahl-o-Mat haben sich alle sieben Parteien – BDP, EVP, FDP, die Grünen, PRR, SP und SVP – beteiligt. Zu einigen Thesen haben die Parteien Kommentare hinterlassen.

Was tun, wenn das Geld fehlt?

Eine These dreht sich um die Steuern: Vor zwei Jahren hat der Nidauer Stadtrat eine Senkung der Steuern beschlossen. Schon damals sorgte dies für Diskussionen. Die Grünen etwa sprachen sich gegen die Senkung aus. Heute würde die Partei bei einer Ver-

schlechterung der Finanzlage in Nidau eine Erhöhung der Steuern befürworten: «Die Stadt Nidau muss unbedingt in ihre Infrastruktur investieren, um weiterhin attraktiv zu sein», begründen die Grünen ihre Haltung.

Die SVP hingegen lehnt die Erhöhung von Steuern zwecks Aufbesserung des Gemeindehaushalts ab. «Als erste Massnahme muss stattdessen endlich die masslose Ausgabefreudigkeit von Gemeinde- und Stadtrat, insbesondere im Personalbereich, eingedämmt werden», schreibt die SVP.

Angst vor der Ortsdurchfahrt

Die geplante Neugestaltung der Hauptstrasse durch den Kanton stösst bei den Nidauer Parteien mehrheitlich auf Ablehnung. Einzige die SP befürwortet die aktuelle Planung, die unter anderem eine Fahrbahnverschmälerung und eine Temporeduktion vorsieht.

Der PRR fordert, dass das Projekt erst nach der Eröffnung des

Port-Tunnels wieder aufgegriffen wird. Und die BDP befürchtet, dass es bei dem vielen Durchgangsverkehr zu gefährlichen Situationen kommen wird – etwa wenn Autos auf den «sehr engen Fahrspuren» Fahrräder überholen wollen.

Integration vorantreiben

Der Ausländeranteil liegt in Nidau bei etwa 25 Prozent. Ist das zu hoch? Bei dieser These gehen die Meinungen der Parteien auseinander. Die SVP sagt, dass die Integration insbesondere im Weidteile-Quartier durch den hohen Ausländeranteil nahezu verunmöglich sei. «Es gibt unterdessen Klassen, wo kaum mehr ein Kind eine Landessprache als Muttersprache hat», meint die Partei.

Die Grünen hingegen schreiben auf der Informationsplattform: «Der Ausländeranteil ist so hoch, wie er ist. Wenn in die Integration investiert wird, kann diese auch viel Positives bewirken.» Unschlüssig zeigt sich der

PRR: Der Anteil sei gerade noch «akzeptabel».

Unklarheiten bei Agglolac

Uneinig – und zwar über die Parteigrenzen hinweg – ist man sich auch beim Grossprojekt Agglolac. Die BDP spricht sich für das neue Quartier aus: «Die Projekte liegen pannenfertig auf, die Finanzierung ist gesichert. Wir dürfen nun nicht nochmals von vorne anfangen und die Machbarkeit und Finanzierung aufs Spiel setzen.»

Die SP hingegen bemängelt, dass noch zu viele entscheidende Fragen ungeklärt sind: «Zum Beispiel Landabgabe im Baurecht, gemeinnütziger Wohnungsbau, 2000-Watt-Gesellschaft.» Und auch die EVP ist der Meinung, dass Optimierungen nötig sind.

Alle Artikel zu den Wahlen unter www.bieler.tagblatt.ch/wahlennidau2017

Link: www.nidauer-wahlomat.ch

Gegen Imam wird ermittelt

Biel/Nidau Der mutmassliche Hassprediger der Bieler Ar-Rahman-Moschee ist ins Visier der Staatsanwaltschaft geraten. Die Staatsanwaltschaft Berner Jura-Seeland habe eine Vorprüfung an die Hand genommen, erklärte Christof Scheurer von der Generalstaatsanwaltschaft des Kantons Bern gestern auf Anfrage. Er bestätigte damit einen Bericht im «Blick». Eine anonyme Anzeige sei eingegangen. Nun werde der Sachverhalt auf die strafrechtliche Relevanz hin geprüft. Sollte sich ein hinreichender Tatverdacht ergeben, könne dies die Eröffnung einer Untersuchung nach sich ziehen.

Die Zeitungen Bund und «Tagess-Anzeiger» sowie das Schweizer Fernsehen SRF berichteten im August, der Prediger habe in der Bieler Ar-Rahman-Moschee auf Arabisch gegen Andersgläubige gehetzt. Die Medien berufen sich dabei unter anderem auf Tonbandaufnahmen. Der Beschuldigte bestritt danach in einem Interview, Menschen zur Gewalt aufgerufen zu haben. Das entsprechende Zitat sei falsch übersetzt worden. sda

Lyss bleibt wachsam

Asyl Die Gemeinde Lyss zeigt sich erleichtert über die klare Haltung des Kantons Bern in der Frage der Bundesasylzentren, wie sie in einer Medienmitteilung schreibt. Am Montag hat der Grosse Rat des Kantons Bern den parlamentarischen Vorstoss der Lysser Grossrätinnen Margrit Junker Burkhard (SP) und Christine Schnegg (EVP) als Postulat überwiesen und gleichzeitig abgeschrieben (das BT berichtet).

In der vorausgegangenen Debatte äusserte der Berner Polizeidirektor Hans-Jürg Käser (FDP) klare Worte: Lyss werde mit dem Waffenplatz nicht auf dem Sachplan Asyl erscheinen und für die Schliessung des Zieglerspitals soll eine Nachfolgelösung gesucht werden.

«Trotz dieser klaren Haltung des Kantons wird die Gemeinde Lyss weiterhin wachsam bleiben und alles daran setzen, dass der Bund entsprechend einlenken und die Kaserne Lyss vom Sachplan Asyl streichen wird», schreibt die Gemeinde Lyss weiter. mt

Reklame

wohnpark
jardin du paradis
biel/bienne

**ZU VERMIETEN
WOHNUNGEN**

2½, 3½ und 4½ Zimmer – hell, modern, grün, urban
Bezug nach Vereinbarung

TAG DER OFFENEN TÜR
Samstag 16. September, 10–13h

www.jardin-du-paradis.ch T 032 323 26 26

SCHMITZ IMMOBILIEN

Gemeinsam vernünftig unterwegs sein

Grenchen Wann nutze ich wozu das geeignete Verkehrsmittel? Dieser Frage stellt sich der Mobilitätstag. Morgen findet dieser zum vierten Mal in Grenchen statt.

«Gemeinsam Nutzen bringt dich weiter», lautet das Motto der diesjährigen Mobilitätstage. Diese gehen jährlich im September während der europäischen Mobilitätswoche über die Bühne. Zum vierten Mal auch in Grenchen. Treffpunkt ist der Zytplatz beim Centro-Hochhaus, an dem sich morgen zwischen 8 und 13 Uhr verschiedene Akteure aus unterschiedlichen Blickwinkeln dem Thema annehmen.

Im Vordergrund steht das Teilen von Fahrzeugen als eine zu-

kunftsgerichtete Form der Mobilität. Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass sich Autos, motorisierte Zwei- und Fahrräder, von denen bei den meisten Menschen ein eigenes Exemplar vor dem Haus steht, im Verleih oder als Fahrgemeinschaften auch gemeinsam nutzen lassen.

Einen weiteren Aspekt für ein kluges Fortbewegen bildet die kombinierte Mobilität. Damit man sich aber darauf einlässt, mit dem Fahrrad an den Bahnhof zu radeln oder dafür den Bus zu nehmen, ist eine gute Qualität des öffentlichen und des Langsamverkehrs unabdingbar. Beispielsweise dank ausgebauten Fahrplänen und Velowegen.

Moderate Fahrweise

Wer mit einem Motorfahrzeug unterwegs ist, sollte darauf achten, dies in möglichst ökologi-

scher Weise zu tun. Das heisst, in einem sparsamen Fahrzeug und mit einer moderaten Fahrweise. Wer solche Massnahmen beherzigt, unterstützt zwei durch die Mobilitätstage geförderte Postulate: die Entlastung der Verkehrsinfrastruktur und das Sparen von Energie.

Aufprall im Simulator erleben

Wer sich schwertut, mit dem Bus zu fahren, kann zum Abbau solcher Hemmungen in einem bereitgestellten Bus einen Augenschein nehmen. Wie man als Automobilist bei einer Kollision schon bei geringem Tempo durchgeschüttelt wird, kann man im Aufprallsimulator erfahren.

Eco-Drive und ein Autoenergiecheck geben Aufschluss über den persönlichen Fahrstil. E-Velos und Cargobikes stehen zum

Probefahren bereit. Wie auch ein Rollstuhl: Dessen Benutzung ermöglicht es, einem Rollstuhlfahrer nachfühlen zu können.

Ursprung in autofreien Tagen

Organisiert wird der Mobilitätstag von somobil, dem Förderprogramm der Solothurner Energiestädte, zu denen auch Grenchen zählt, dem Kanton Solothurn und Postauto.

Ins Leben gerufen wurde die Europäische Mobilitätswoche (EMW) nach der Jahrtausendwende durch die Europäische Kommission. Ihren Ursprung hat sie in den autofreien Tagen, die in den 70er-Jahren während der Ölkrise stattfanden. 2016 nahmen – auch ausserhalb der EU – mehr als 2400 Gemeinden in über 50 Ländern an der Europäischen Mobilitätswoche teil.

Hanspeter Flüchiger